

Amt für Mobilität  
Simon Kettner  
Dufourstrasse 40/50  
Postfach  
4001 Basel



Geht per Mail an: [simon.kettner@bs.ch](mailto:simon.kettner@bs.ch)

Basel, 30. Mai 2018

**Stellungnahme BDP Basel-Stadt: Vernehmlassung zur künftigen Parkierungspolitik:  
Revision Parkraumbewirtschaftungsverordnung, § 74 Bau- und Planungsgesetz und  
§§ 16 bis 19 Umweltschutzgesetz**

Sehr geehrter Herr Regierungsrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur obgenannten Vernehmlassung.

**Grundsätzliches:**

Für die BDP Basel-Stadt kommt ein Ausspielen der verschiedenen Verkehrsträger gegeneinander nicht in Frage. Die hier vorliegende künftige Parkierungspolitik der Regierung greift aber erneut die Automobilisten direkt an und ist so nach unserer Ansicht nicht Mehrheitsfähig.

Wir danken für die Prüfung und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Hubert Ackermann  
Parteipräsident BDP Basel-Stadt

## Vernehmlassungsfragebogen: Künftige Parkierungspolitik

### Revision Parkplatzbewirtschaftungsverordnung (PRBV) Anpassungen im Umweltschutzgesetz (USG) Anpassungen im Bau- und Planungsgesetz (BPG)

---

Die Vernehmlassung zur künftigen Parkierungspolitik dauert vom 15. März 2018 bis zum 31. Mai 2018.

Sie erleichtern uns die Auswertung sehr, wenn Sie für Ihre Stellungnahme dieses Formular auf [www.regierungsrat.bs.ch/geschaefte/vernehmlassungen](http://www.regierungsrat.bs.ch/geschaefte/vernehmlassungen) herunterladen und uns **elektronisch** zustellen ([simon.kettner@bs.ch](mailto:simon.kettner@bs.ch), Betreff: Vernehmlassung künftige Parkierungspolitik). Falls Sie das Formular lieber auf Papier bearbeiten, schicken Sie Ihre Antwort an:

Amt für Mobilität  
Simon Kettner  
Dufourstrasse 40/50  
Postfach  
CH-4001 Basel

---

### Ihre Angaben

Organisation / Institution: BDP Basel-Stadt

Strasse und Nr.: Postfach 2430

PLZ und Ort: 4002 Basel

Land: Schweiz

Kontaktperson Name / Vorname: Ackermann Hubert

Kontaktperson E-Mail Adresse: [hubert.ackermann@bdp-bs.ch](mailto:hubert.ackermann@bdp-bs.ch)

Ort und Datum: Basel, 30. Mai 2018

Unterschrift (für Papierversand):

-----  
-----  
Formular bis spätestens 31. Mai 2018 elektronisch oder in Papier abschicken. Vielen Dank.  
-----  
-----

## Einleitende Fragen

1. Erachten Sie es als sinnvoll, in allen Quartieren eine maximale Auslastung der Strassenparkplätze von 90 bis 95% anzustreben, um eine genügende Parkplatzverfügbarkeit sicherzustellen und den Parksuchverkehr zu reduzieren?

Ja

Nein

keine Meinung

Evtl. Begründung / Kommentar:

2. Halten Sie die grundsätzliche Stossrichtung „Erhöhung der Parkgebühren“ für zweckmässig, um die Auslastung der Strassenparkplätze durch eine Verlagerung der Nachfrage auf private Parkplätze zu reduzieren?

Ja

Nein

keine Meinung

Evtl. Begründung / Kommentar:

Die BDP Basel-Stadt hält diese Stossrichtung nicht für Zielführend. Die Erhöhung der Parkgebühren hat nur zum Ziel Autofahrer zu diskriminieren und zu bestrafen.

3. Halten Sie es für sinnvoll, dass der Kanton private Quartierparkings mitfinanziert, um die Parkplatzverfügbarkeit in dicht bebauten Wohnquartieren zu verbessern?

Ja

Nein

keine Meinung

Evtl. Begründung / Kommentar:

Dies ist unabdingbar für die BDP Basel-Stadt, dass sich hier der Kanton mitbeteiligt. Zudem sollten die gesamten Mehreinnahmen, die sich der Kanton mit der Erhöhung der Parkgebühren erhofft ganz in den Strassenunterhalt sowie in die Quartierparkings investiert werden.

## Fragen zur Anpassung des Umweltschutzgesetzes (USG)

4. Gemäss heutigem Gesetz ist bevorzugtes Parkieren neben Anwohnerinnen und Anwohnern auch „gleichermassen Betroffenen“ zu gewähren. Halten Sie es für zweckdienlich, dass dieser unscharfe Begriff konkretisiert wird? (vgl. § 16 Abs. 2 USG, Erläuterungsbericht Kap. 3.1)

Ja

Nein

keine Meinung

Evtl. Begründung / Kommentar:

5. Stimmen Sie den redaktionellen Anpassungen von § 17 USG in Bezug auf die finanzielle Unterstützung von Parkieranlagen zu? (vgl. § 17 USG, Erläuterungsbericht Kap. 3.2)

Ja

Nein

keine Meinung

Evtl. Begründung / Kommentar:

6. Stimmen Sie den redaktionellen Anpassungen in Bezug auf Park-and-Ride-Anlagen zu? (vgl. § 19 USG, Erläuterungsbericht Kap. 3.3)

Ja

Nein

keine Meinung

Evtl. Begründung / Kommentar:

7. Sind Sie damit einverstanden, dass Parkplätze in Quartierparkings nicht nur von Anwohnerinnen und Anwohnern, sondern auch von Auswärtigen belegt werden dürfen – unter der Voraussetzung, dass der Kanton die Parkplätze nicht mitfinanziert hat? (vgl. § 19<sup>bis</sup> USG Absatz 1, Erläuterungsbericht Kap. 3.4)

Ja

Nein

keine Meinung

Evtl. Begründung / Kommentar:

Nein es sollte nach Meinung der BDP auch Auswärtigen ermöglicht werden Parkplätze in Quartierparkings, welche durch den Kanton mitfinanziert wurden, benützen zu dürfen.

8. Stimmen Sie den neuen Bestimmungen zu Quartierparkings zu, mit denen die Kompensationspflicht von neu erstellten Parkplätzen flexibilisiert werden? (vgl. § 19<sup>bis</sup> USG, Erläuterungsbericht Kap. 3.4)

Ja

Nein

**keine Meinung**

Evtl. Begründung / Kommentar:

9. Stimmen Sie zu, dass 20% der Gebühren der Anwohnerparkkarte (=Hälfte der Mehreinnahmen aus geplanter Gebührenerhöhung) in den Pendlerfonds fließen, um die Mitfinanzierung von Quartierparkings zu erleichtern? (vgl. § 19<sup>ter</sup> Abs. 1 USG, Erläuterungsbericht Kap. 3.5)

Ja

**Nein**

keine Meinung

Evtl. Begründung / Kommentar:

Nein für die BDP müssen die gesamten Mehreinnahmen der Gebührenerhöhung in die Mitfinanzierung von Quartierparkings sowie dem Strassenunterhalt fließen. Alles andere wäre Zweckentfremdung der Mehreinnahmen.

10. Stimmen Sie den Grundsätzen der Mittelverwendung des Pendlerfonds zu, die bisher in der Verordnung geregelt waren und die neu auf Gesetzesstufe festgelegt werden sollen? (vgl. § 19<sup>ter</sup> Abs. 2 bis 5 USG, Erläuterungsbericht Kap. 3.5)

**Ja**

Nein

keine Meinung

Evtl. Begründung / Kommentar:

Die BDP stimmt den Grundsätzen der Mittelverwendung des Pendlerfonds zu jedoch wie bereits bei Punkt 9 müssen für die BDP die gesamten Mehreinnahmen der Gebührenerhöhung in die Mitfinanzierung von Quartierparkings sowie dem Strassenunterhalt fließen

## Fragen zur Anpassung des Bau- und Planungsgesetzes (BPG)

11. Stimmen Sie zu, dass die Kompensationspflicht von in Quartierparkings neu erstellten Parkplätzen nur noch im USG geregelt wird und im BPG lediglich ein Verweis darauf integriert wird? (vgl. § 74 Abs. 3 PBG, Erläuterungsbericht Kap. 4.1)?

Ja

Nein

keine Meinung

Evtl. Begründung / Kommentar:

## Fragen zur Teilrevision Parkraumbewirtschaftungsverordnung (PRBV)

12. Stimmen Sie zu, dass künftig pro Person nur noch eine Anwohnerparkkarte bezogen werden darf, damit die Parkierungsnachfrage im öffentlichen Strassenraum zugunsten einer erhöhten Verfügbarkeit reduziert werden kann? (vgl. § 5 Abs. 2 PRBV, Erläuterungsbericht Kap. 5.2)

Ja

Nein

keine Meinung

Evtl. Begründung / Kommentar:

13. Stimmen Sie zu, dass private Fahrzeuggemeinschaften neu eine Anwohnerparkkarte beziehen dürfen, wie es auch eine entsprechende Motion des Grossen Rates verlangt? (vgl. § 5 Abs. 3 PRBV, Erläuterungsbericht Kap. 5.2)

Ja

Nein

keine Meinung

Evtl. Begründung / Kommentar:

14. Stimmen Sie zu, dass die Gebühren der Anwohnerparkkarte auf das Niveau vergleichbarer Schweizer Städte angehoben wird, um die Nachfrage nach Parkplätzen im Strassenraum zu reduzieren, eine Verlagerung auf private Tiefgaragen zu fördern und damit die Verfügbarkeit von Strassenparkplätzen zu verbessern? (vgl. § 15 Abs. 1 lit a PRBV, Erläuterungsbericht Kap. 5.4.1. Zur Verwendung der Mehreinnahmen siehe auch Frage 8)

Ja

Nein

keine Meinung

Evtl. Begründung / Kommentar:

Die Erhöhung um 144 Franken ist für die BDP Basel-Stadt zu radikal. Die Regierung sollte die Idee einer schrittweisen Erhöhung der Gebühren prüfen. So könnte die Regierung all vier Jahre zum Beispiel die Gebühren erhöhen.

15. Stimmen Sie zu, dass die Gebühren der Pendlerparkkarte entsprechend der Preisentwicklung des U-Abos angehoben werden? (vgl. § 15 Abs. 1 lit c PRBV, Erläuterungsbericht Kap. 5.4.2)

Ja

Nein

keine Meinung

Evtl. Begründung / Kommentar:

Auch hier sollte der Regierungsrat nach Meinung der BDP eventuell eine schrittweise Erhöhung der Gebühren prüfen.

16. Stimmen Sie zu, dass die Gebühren der Besucherparkkarte angehoben werden, um zu verhindern, dass sie von Pendlern als günstige Parkierlösung verwendet werden? (vgl. § 15<sup>bis</sup> PRBV, Erläuterungsbericht Kap. 5.4.3)

Ja

Nein

keine Meinung

Evtl. Begründung / Kommentar:

## Weitere Anliegen

Haben Sie weitere Anliegen oder Bemerkungen zur künftigen Parkierungspolitik?

Kommentar:

Für die BDP Basel-Stadt kommt ein Ausspielen der verschiedenen Verkehrsträger gegeneinander nicht in Frage. Die hier vorliegende künftige Parkierungspolitik der Regierung greift aber erneut die Automobilisten direkt an und ist so nach unserer Ansicht nicht Mehrheitsfähig.